

Vortrag von Dr. André Hahn, MdB, auf der internationalen wissenschaftlichen
Konferenz der Rosa-Luxemburg-Stiftung:
**Initiative „Neue Seidenstraße“ und Perspektiven der soziökonomischen und
gesellschaftspolitischen Entwicklung Zentralasiens**
Almaty, 15. Oktober 2019

Die neue Seidenstraße muss mehr sein, als nur ein Wirtschafts- und Verkehrsprojekt

Zum Beginn meines kurzen Vortrages möchte ich mich sehr herzlich für die
Einladung der Rosa-Luxemburg-Stiftung nach Almaty bedanken.

Die Parlamentariergruppen des Bundestages sollen die Zusammenarbeit der
nationalen Parlamente und ihrer Abgeordneten befördern. Man kann zu diesen
Gremien aber auch Freundschaftsgruppen sagen, da hier auch weit über die
Parlamente hinaus Brücken zwischen den Staaten und den in ihnen lebenden
Menschen gebaut werden können.

Ich vertrete die Bundestagsfraktion DIE LINKE als stellvertretender Vorsitzender
in der Deutsch-Zentralasiatischen Parlamentariergruppe und bin darüber hinaus
als „einfaches“ Mitglied in der Deutsch-Russischen Gruppe sowie der
Parlamentariergruppe mit den ASEAN-Staaten aktiv. Diese Aufgaben habe ich
neben meinen Funktionen als stellvertretender Fraktionsvorsitzender sowie als
Zuständiger für Innenpolitik, Geheimdienstkontrolle und Sport sowie als
stellvertretendes Mitglied im Tourismusausschuss gern übernommen.

Der internationale Austausch ist aus meiner Sicht nicht nur eine Aufgabe für die
Außenpolitiker, sondern für alle Abgeordnete. Gerade der Sport und der
Tourismus, aber auch viele Aspekte der Innenpolitik verbinden unsere Länder und
Völker.

Ich bin froh, dass es neben den Büros der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau,
Peking, Hanoi, Neu-Delhi und Manila nun auch ein Büro in Zentralasien gibt.
Zwischen den Orten liegen zwar immer noch tausende Kilometer, aber mit dem
Büro in Almaty werden die Wege zwischen Deutschland und den fünf bzw. –
wenn man die Mongolei dazu nimmt – sechs zentralasiatischen Staaten doch
etwas kürzer.

Nach meinen Reisen mit der Parlamentsgruppe nach Usbekistan und
Turkmenistan sowie zu den Weltnomadenspielen nach Kirgistan ist dies meine
dritte Reise in die Region, ich bin also noch kein Spezialist für Zentralasien,
sondern eher ein Lernender.

Seidenstraße ist eine Chance für Europa

Die Seidenstraße verbindet China und Japan seit rund 2500 Jahren über ein altes Netz von Karawanenstraßen mit Zentralasien, Ostasien und dem Mittelmeerraum in Europa. Es wurden aber nicht nur Seide und zahlreiche andere Waren transportiert, mit dem Handel verbreiteten sich ebenso Religion, Wissenschaft und Kultur, aber leider auch Krankheiten und Kriege.

Im Mai 2017 startete die Volksrepublik China ihre Initiative für eine Neue Seidenstraße – „One Belt, One Road“. Sie ist eines der großen Gesprächsthemen in der Weltpolitik und geht einher mit einer unübersehbaren Verschiebung der politischen und wirtschaftlichen Kräfte zwischen Asien, Nordamerika und Europa bzw. den Großmächten China, USA, Russland und der Europäischen Union. Mit der 2018 verabschiedeten EU-Asien-Konnektivitätsstrategie¹ versucht die EU, ihre Antwort auf die Initiative Chinas zu geben. Bei beiden Strategien stehen die Verbesserung von Verkehrsnetzen, Energienetzen und digitaler Infrastruktur sowie des Handels im Mittelpunkt.

Auf dem Landweg der Neuen Seidenstraße von China bis Deutschland geht es eigentlich kaum ohne Russland und die zentralasiatischen Staaten. Damit verbunden ist die Frage, inwieweit diese Staaten lediglich die Funktion eines Transitlandes einnehmen oder aktiv in die Entwicklung des Projektes einbezogen werden.

Nach meiner Auffassung ist das Projekt der Neuen Seidenstraße keine zu bekämpfende Bedrohung für Europa, sondern eine Chance für eine engere friedensstiftende Zusammenarbeit zwischen den Staaten, Wirtschaften und Völkern Asiens und Europas. Dies gelingt aber nur dann, wenn die Neue Seidenstraße mehr ist, als ein reines Wirtschafts- und Verkehrsprojekt und eben auch die Völker Zentralasiens ebenso davon partizipieren und profitieren.

In diesem Kontext sind auch die Positionierungen seitens der Europäischen Union wichtig. Die erste „Strategie für eine neue Partnerschaft der Europäischen Union mit Zentralasien“ wurde auf Initiative Deutschlands am 22. Juni 2007 vom Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs verabschiedet. Schwerpunkte waren hierbei die Schaffung von Stabilität und Wohlstand, die Förderung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratisierung sowie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Energieversorgungssicherheit und –diversifizierung.

¹ Im September 2018 präsentierten die Europäische Kommission und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik Federica Mogherini ihre EU-Asien-Strategie („Connecting Europe and Asia – Building blocks for an EU strategy“) zur besseren Verbindung von Europa und Asien. Diese wurde in der Folge dem Rat der Europäischen Union vorgelegt und im Oktober 2018 von ihm angenommen (Dokumentnummer des Rats: 12720/18). Siehe auch: https://ec.europa.eu/germany/news/20190919_de

Eine neue EU-Zentralasienstrategie wurde erst kürzlich im Juni 2019 verabschiedet². In ihrer Antwort auf eine Kleine Anfrage der FDP-Fraktion³ erklärte die Bundesregierung dazu: „Zentralasien hat für die deutsche Außenpolitik einen besonderen Stellenwert... Die Bundesregierung hat sich aktiv für eine Neufassung der EU-Zentralasienstrategie eingesetzt, die die derzeitige Reformdynamik in der Region aufnimmt, durch nachhaltiges Wachstum Stabilität schafft und Chancen für die junge Bevölkerung eröffnet. Die Bundesregierung wird weiterhin mit bilateralen Mitteln und Initiativen zur zügigen Umsetzung dieser Zentralasienstrategie beitragen.“ Das begrüße ich natürlich.

Zusammenarbeit mit Zentralasien nachjustieren

Im Herbst vergangenen Jahres antwortete die Bundesregierung sehr umfassend auf eine Kleine Anfrage der LINKEN über die Beziehungen zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Staaten und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft⁴.

Mein Fazit zu dieser Antwort: Die Bundesrepublik Deutschland ist gut beraten, die Zusammenarbeit mit den Staaten in Zentralasien deutlich auszubauen und dabei besonderes Augenmerk auf die Einbeziehung der Zivilgesellschaft zu legen. Sichtbar wird durch die Kleine Anfrage, dass die Situation in und die Zusammenarbeit mit den sechs Staaten Zentralasiens sehr große Unterschiede aufweist und es noch zahlreiche Möglichkeiten und Bedarfe zu einer Verbesserung der Beziehungen gibt.

Ich meine, die Zusammenarbeit Deutschlands mit den Ländern in Zentralasien sollte nicht nur deutlich ausgebaut, sondern auch nachjustiert werden. Im Mittelpunkt steht für die Bundesregierung das große wirtschaftliche Interesse Deutschlands an der Zusammenarbeit mit Zentralasien. Immerhin ist Deutschland nach China und Russland schon jetzt der größte Handelspartner in der Region. Dagegen möchte ich nicht polemisieren, denn wirtschaftlicher Austausch und Handel sind wichtige Grundlagen für friedliche Beziehungen in einer globalen Welt. Mindestens problematisch ist allerdings die Aussage im neuen Strategiepapier, dass die Entwicklung des Privatsektors der Wirtschaft in Zentralasien eine der wichtigsten Prioritäten für Investitionen der EU sei. Warum spielen Genossenschaftsmodelle keine Rolle? Und mit der Privatisierung von Stadtwerken, Wohnungs-, Wasser- und Energieunternehmen, von sozialen

² Gemeinsame Mitteilung an das Europäische Parlament und den Rat „Die EU und Zentralasien: Neue Chancen für eine stärkere Partnerschaft“ auf Drucksache 9348/19 des Rates der Europäischen Union vom 15.05.2019 sowie „Schlussfolgerungen des Rates zur neuen Strategie der EU für Zentralasien“ auf Drucksache 10221/19 des Rates der Europäischen Union vom 17. Juni 2019

³ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der FDP-Fraktion „EU-Asien-Konnektivitätsstrategie“, Bundestagsdrucksache 19/11471 vom 10.07.2019

⁴ Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE „Beziehungen zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Staaten (Kasachstan, Kirgisistan, die Mongolei, Tadschikistan, Turkmenistan, Usbekistan) und die Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft“, Bundestagsdrucksache 19/4277 vom 12.09.2018. Siehe auch www.andre-hahn.eu (Antwort in deutscher und russischer Sprache)

Einrichtungen und Krankenhäusern sowie Verkehrsbetrieben haben wir in Ostdeutschland auch keine guten Erfahrungen gemacht.

Natürlich gibt es schon vielfältige Formen der Zusammenarbeit. Daran haben auch die Goethe-Institute, die politischen Stiftungen, Hochschulkooperationen und andere Institutionen einen bedeutenden Anteil. Es gibt aber auch noch „weiße Flecken“. Potentiale sehe ich unter anderem auf solchen Gebieten wie Tourismus und Sport sowie der Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft, u. a. zwischen den Behindertenorganisationen zur Umsetzung der in all unseren Ländern ratifizierten UN-Behindertenrechtskonvention.

Wichtig sind für mich auch Städtepartnerschaften sowie kleinere Projekte wie die Zusammenarbeit von Institutionen auf regionaler bzw. kommunaler Ebene. Ich denke, dass damit auch die menschlichen Brücken zwischen Deutschland und den zentralasiatischen Ländern ausgebaut werden.

Menschenrechte spielen eine zentrale Rolle

In der deutschen Politik spielen die Menschenrechte eine zentrale Rolle, auch in der Außenpolitik. Wie genau man bzw. die Bundesregierung hier hinschaut, hängt aber auch von den jeweiligen wirtschaftlichen Interessen ab. Dies ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel. Was aber ist der Maßstab, wenn man über das Thema Menschenrechte redet?

Ich denke nicht, dass Deutschland oder die sogenannte westliche Welt das Recht haben, anderen Ländern zu erklären, wie sie zu leben und ihre Gesellschaft zu organisieren haben. Maßstab sind für mich die UN-Menschenrechtskonvention von 1948 sowie die weiteren Konventionen, die für einzelne Bevölkerungsgruppen zur Umsetzung der Menschenrechtskonvention in der UNO beschlossen und von fast allen Staaten der Welt ratifiziert wurden. Das sind u.a. die Frauenrechtskonvention, die Kinderrechtskonvention, die Flüchtlingsrechtskonvention und nicht zuletzt auch die Behindertenrechtskonvention. Fakt ist, dass auch in Deutschland diese Konventionen noch nicht in all ihren Teilen umgesetzt sind. Hier bleibt noch viel zu tun, und ich bin sicher, dass wir vielleicht auch manches von den zentralasiatischen Ländern lernen können.

In der Antwort der Bundesregierung auf unsere Kleine Anfrage gibt es auch Aussagen zur Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen und zu Projekten der Zusammenarbeit zwischen Behindertenorganisationen aus Deutschland und den zentralasiatischen Staaten. Nun weiß ich, dass es gerade auch auf diesem Gebiet schwer ist, gerade bei solch großen Entfernungen und den damit verbundenen Kosten eine kontinuierliche Zusammenarbeit zwischen Behindertenverbänden zu organisieren. Deswegen mein besonderer Dank an das Büro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Moskau für das schon seit vielen Jahren bestehende Engagement und an das Büro in Almaty, welches von Beginn an auch hier einen Schwerpunkt setzt.

Gemeinsam für Klimaschutz und die Agenda 2030

Eine der größten gemeinsamen Herausforderungen sind der weltweit stattfindende Klimawandel, die Umweltverschmutzungen, die Bedrohungen von Natur, von Flora und Fauna durch die rücksichtslose Ausbeutung der Welt, insbesondere durch Deutschland und die anderen hochentwickelten Industriestaaten. Dort demonstrieren seit Wochen jeden Freitag tausende Schülerinnen und Schüler für eine andere Klimapolitik, damit auch die kommenden Generationen noch eine Chance haben, auf dieser Erde zu leben. Ich begrüße diese Demonstrationen vor dem Hintergrund, dass auch in Deutschland die Politik wie auch die Wirtschaft mehr über die Bewahrung und Mehrung vorhandener Besitzstände als die Bewahrung unserer Lebensgrundlagen reden und nur sehr zögerlich und inkonsequent handeln.

Am 25. September 2015 verabschiedete die UNO auf einem Weltgipfel die AGENDA 2030 mit 17 Zielen für nachhaltige Entwicklung zur Sicherung einer nachhaltigen Entwicklung auf ökonomischer, sozialer sowie ökologischer Ebene⁵.

Ich würde mir wünschen, dass wir bei den bereits bestehenden Beziehungen zwischen unseren Ländern die Umsetzung der 17 Ziele der AGENDA 2030 noch mehr in den Mittelpunkt stellen und da - wo erforderlich - zielgerichtet ergänzende Partnerschaften knüpfen. Hier können meines Erachtens auch die Rosa-Luxemburg-Stiftung und andere Stiftungen ihren Beitrag leisten.

Ich bin zuversichtlich, dass sich die Zusammenarbeit zwischen Deutschland und den Ländern Zentralasiens erfolgreich weiter entwickeln kann. Es gibt gute Grundlagen dafür und auch das beiderseitige Interesse, hierfür mehr zu tun. Die heutige Konferenz und das Projekt Seidenstraße leisten hier einen wertvollen Beitrag und vielleicht gelingt es auch, die weiteren an der Neuen Seidenstraße liegenden Büros der Luxemburg-Stiftung bei diesem Thema aktiv einzubeziehen.

Herzlichen Dank!

⁵ Siehe auch <https://www.auswaertiges-amt.de/de/aussenpolitik/themen/agenda2030>